

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

21.11.2007

In den

- Migrationsausschuss
- Verwaltungsausschuss
-
-

Änderungsantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover
**Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 0205.000 – Interkulturelle
Angelegenheiten
Finanzposition 718000 NEU – Zuschüsse an übrige
Bereiche**

- a) Integrationsfonds zur Umsetzung des Lokalen Integrationsplans (LIP)**
- b) Integrationsbeiräte in den Stadtteilen**
- c) Gesellschaftsfonds ZUSAMMENLEBEN**

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Integration als einen Schwerpunkt im Haushalt auszuweisen.

Hierzu wird ein **Gesamtansatz in Höhe von 500.000.- € zur Förderung der Integration** zur ersten Umsetzung des Lokalen Integrationsplans und zur Förderung von Selbstorganisation der Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Hannover eingestellt.

Die jeweils eigenständigen neuen Finanzpositionen dieses Gesamtansatzes werden ab Haushaltsjahr 2008 wie folgt veranschlagt:

- a) 200.000 €** Einrichtung eines Integrationsfonds zur Umsetzung der Ziele des „Lokalen Integrationsplans“ entsprechend **Anlage 1**

b) **150.000 €** Förderung von Integrationsbeiräten in den Stadtteilen
entsprechend **Anlage 2**

- **150.000 €**

c) Einrichtung eines „Gesellschaftsfonds ZUSAMMENLEBEN“
entsprechend **Anlage 3**

Dem Migrationsausschuss ist regelmäßig Bericht zu erstatten über den
Umsetzungsstand und den Mittelabfluss aller drei genannten Säulen der
kommunalen Integrationspolitik.

-
-
-

Begründung:

Die Forderung nach Integration, Teilhabe und interkultureller Öffnung ist mittlerweile zum Konsens in der Migrationspolitik geworden. Eine erfolgreiche Integration und Partizipation in einer Einwanderungsgesellschaft ist nur möglich, wenn die zugewanderten Menschen am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben gleichberechtigt und aktiv teilhaben und sich als Teil der Stadtgesellschaft verstehen. Darüber hinaus ist Integration eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Gremien und Handlungsfelder der Landeshauptstadt Hannover zieht.

a.)

Im Jahr 2008

werden mit der ersten **Umsetzung von Maßnahmen und Zielen des „Lokalen Integrationsplans“** Haushaltsmittel benötigt werden.

Die bisher besprochenen und entwickelten Konzepte im „Lokalen Integrationsrat“ haben bei allen Beteiligten hohe Erwartungen geweckt. Die Landeshauptstadt Hannover wird Schwerpunkte setzen müssen. Besonders zu prüfen sind bereits vorliegende Anträge zum Haushalt 2008 im Bereich Migration.

b.)

Die Stadtteile sind eine besonders wichtige Größe für jede Integrationspolitik. Daher sind die einzurichtenden **Integrationsbeiräte auf Stadtbezirksebene** ein wichtiges Instrument der Integrationspolitik und der Antidiskriminierungsarbeit. Die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund auf Stadtbezirksebene fördert das gedeihliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft im engsten Wohnumfeld.

In den Integrationsbeiräten sollen Menschen mit Migrationshintergrund auf Stadtbezirksebene aktiv die Stadtteilpolitik mitgestalten. Die Einrichtung von Integrationsbeiräten hat zum Ziel, alle in Hannover lebenden Bevölkerungsgruppen an der Gestaltung ihres unmittelbaren Wohnumfelds aktiv teilhaben zu lassen.

c.)

Der **„Gesellschaftsfonds ZUSAMMENLEBEN“** hat zum Ziel, Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, die das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen in Hannover stärken. Sie tragen durch soziale, interkulturelle und künstlerische Projekte dazu bei, das Zusammenleben in der Vielfalt zu gestalten.

Der Gesellschaftsfonds ist darauf ausgerichtet, gemeinsam Projekte und Ideen zu verwirklichen, die auf Verbesserung der Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Gesellschaft und ihren Einrichtungen zielen. Im Blickpunkt stehen dabei die Förderung der Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung sowie die Stärkung von Gesellschaftsbildung durch gesellschaftlichen Dialog, kulturelle Aktivitäten und Förderung der gemeinsamen Sprache.

Diese genannten Ziele können Politik, Verwaltung, Verbände, soziale Träger, Vereine und Einzelpersonen nur gemeinsam erreichen. Wir investieren in die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hannover und vertrauen auf die Stärke ihrer Ideen und Vorstellungen. Diese sollen auch mit Hilfe des Gesellschaftsfonds ZUSAMMENLEBEN Realität werden.

•

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender